



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Projekt rządowej ustawy o zakładach dentystycznych

Liczba stron oryginału

9

Liczba plików skanów

10

Liczba plików publikacji

10

Sygnatura/numer zespołu

TR 072.069

Data wydania oryginału

1917

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo  
**Kultury**  
i Dziedzictwa  
Narodowego.



NARODOWY  
INSTYTUT  
AUDIOWIZUALNY

**KULTURA**+

01 001  
Digitalizacja

Regierungsvorlage.

72.69.11

# Gesetz

vom . . . . .

betreffend

das Bahntechnikergewerbe.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen,  
wie folgt:

## § 1.

Die Zahntechnik umfaßt die zur Herstellung von Zahnersatzstücken für den Gebrauch im menschlichen Munde und zur Ausbesserung solcher Ersatzstücke erforderlichen technisch-mechanischen Arbeiten.

## § 2.

Als Gewerbe darf die Zahntechnik nur ausgeübt werden

1. von Personen, welche die Berechtigung zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes bereits vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes ordnungsmäßig erlangt haben;

2. von jenen in der Zahntechnik praktisch tätigen Personen, welche im Zeitpunkte des Eintrittes der Wirksamkeit dieses Gesetzes den vollen Befähigungsnachweis im Sinne der §§ 4, 5 und 6 der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, besitzen, wenn dieselben die im folgenden Paragraphen vorgesehene Konzession erwerben.

Die vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes einzelnen Zahntechnikern verliehenen besonderen Befugnisse zur Vornahme bestimmter, in das Gebiet der Zahnheilkunde fallender Verrichtungen bleiben aufrecht.



§ 3.

Den im § 2, Punkt 2, genannten Personen kann von der politischen Landesbehörde die Konzession zum Betriebe des Gewerbes der Zahntechnik (§ 1) verliehen werden.

Zur Erlangung der Konzession wird nebst den zum selbständigen Betriebe eines Gewerbes für alle Gewerbe vorgeschriebenen Bedingungen Verlässlichkeit mit Beziehung auf das Zahntechnikergerwerbe gefordert.

Die Konzession darf nur erteilt werden, wenn an dem von dem Bewerber für sein Unternehmen gewählten Standorte ein Bedürfnis für die Niederlassung eines Zahntechnikers besteht.

§ 4.

Die Gewerbeinhaber im Sinne des § 2, Punkt 1 und 2, dürfen, falls sie die erfolgreiche Ablegung einer Fachprüfung innerhalb der Frist eines Jahres nach Kundmachung dieses Gesetzes (§ 2, Punkt 1) oder nach Ausstellung des Konzessionsdekretes (§ 2, Punkt 2) nachweisen, auch die folgenden Verrichtungen ausüben, und zwar:

1. das Entfernen der Zahnsteinauflagerungen und das Putzen der Zähne, weiters das Abschleifen der Zähne und Wurzeln, wenn es die Ausführung des Zahnersatzes erfordert;

2. das Nehmen von Abdrücken zum Zwecke der Herstellung von Plattenzahnersatzstücken, Gebissen, Kronen und Brücken;

3. das Anpassen von Zahnersatzstücken und Gebissen;

4. das Einsetzen künstlicher Zähne, Kronen, Brücken und Gebisse;

5. das Füllen der Zähne, soweit dies die Ausführung des Zahnersatzes erfordert.

Die Erweiterung dieser Befugnis auf andere in das Gebiet der Zahnheilkunde fallende Verrichtungen, wie insbesondere auf die Vornahme von blutigen operativen Eingriffen, die Entfernung von Zähnen, Zahnresten und Wurzeln, die Vornahme der allgemeinen Narkose oder der lokalen Anästhesie ist unzulässig.

Die Anwendung heftig wirkender Mittel, welche an die ärztliche Verschreibung gebunden sind, ist nur soweit gestattet, als dies zur hygienisch einwandfreien Ausführung der unter Punkt 1 bis 5 aufgezählten Arbeiten notwendig ist.

§ 5.

Die näheren Vorschriften über die im § 4 bezeichnete Fachprüfung werden vom Handelsministerium im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien im Verordnungswege erlassen.



Gewerbeinhaber im Sinne des § 2, Punkt 1, welche die erfolgreiche Ablegung der Fachprüfung nicht nachweisen können, sind zur Ausübung der Zahntechnik lediglich in dem in der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, bezeichneten Umfange berechtigt.

§ 6.

Den gewerbemäßigen Zahntechnikern ist untersagt, beim Betriebe ihres Unternehmens Bezeichnungen zu gebrauchen, die geeignet wären, über das Wesen und den Umfang ihrer Gewerbeberechtigung irrezuführen.

§ 7.

Auf das Gewerbe der Zahntechnik (§§ 2, 3 und 4) finden im übrigen die Vorschriften der Gewerbeordnung Anwendung. Es unterliegt außerdem der gewerbepolizeilichen Regelung.

Das Gewerbe der Zahntechnik (§§ 2, 3 und 4) ist in der Regel persönlich von dem Gewerbeinhaber auszuüben.

Die Ausübung dieses Gewerbes durch einen Stellvertreter (Geschäftsführer) oder die Verpachtung ist von der Gewerbebehörde nur aus wichtigen Gründen zu genehmigen. Falls das Gewerbe die im § 4, Punkt 1 bis 5, aufgezählten Einrichtungen umfaßt, hat der zu genehmigende Stellvertreter (Geschäftsführer) oder Pächter (§ 55 Gewerbeordnung) auch den Nachweis der erfolgreichen Ablegung der im § 5 erwähnten Fachprüfung zu erbringen.

§ 8.

Die Ausübung der Zahntechnik durch Ärzte unterliegt nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung und dieses Gesetzes.

§ 9.

Der gewerbemäßige Betrieb der Erzeugung der künstlichen Zähne und der sonstigen Bestandteile von Zahnersatzstücken als Handelsartikel ist ein freies Gewerbe.

Die Inhaber eines solchen freien Gewerbes dürfen sich beim Betriebe desselben nicht der Bezeichnung „Zahntechniker“ bedienen.

Gewerbetreibende, welche die Berechtigung zum Betriebe der Zahntechnik besitzen (Zahntechniker), sind auch zur Erzeugung der künstlichen Zähne und der sonstigen Bestandteile von Zahnersatzstücken als Handelsartikel berechtigt.

§ 10.

Das Gesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.

Mit diesem Tage verlieren alle Vorschriften, welche mit den Bestimmungen dieses Gesetzes im Widerspruche stehen, ihre Wirksamkeit.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Mein Handelsminister und Mein Minister des Innern beauftragt.

---



## Erläuternde Bemerkungen.

Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung wurde in den Jahren 1905, 1908 und 1909 der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausübung der Zahnerzählkunde und den Betrieb der Zahntechnik, als Regierungsvorlage im Abgeordnetenhause eingebracht. Die verfassungsmäßige Behandlung des Entwurfes gelangte jedoch bis zum Ablaufe der XVII., XVIII., beziehungsweise XIX. Session nicht zum Abschlusse.

Gegen diesen Gesetzesentwurf erhob sich sowohl innerhalb als auch außerhalb des Abgeordnetenhauses allgemeiner Widerspruch, die Regierung mußte daher von seiner Wiedereinbringung im Reichsrate absehen. Da jedoch die Beweggründe, welche für die Ausarbeitung des Entwurfes maßgebend waren und die in den Motivenberichten der damaligen Regierungsvorlagen (2409 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XVII. Session 1905, und 6 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XIX. Session 1909) eingehend erörtert sind, auch weiterhin fortbestanden, ist die Regierung mit den beteiligten Kreisen neuerlich in Fühlung getreten und hat in langwierigen Verhandlungen mit den berufenen Vertretern des Ärztestandes und des Zahntechnikerergewerbes jene Grundprinzipien festzustellen versucht, deren gesetzliche Normierung zu einer die Interessen der Bevölkerung und der betroffenen Berufsfreie befriedigenden Lösung dieser brennenden Frage führen könnte. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bildet die Grundlage des am 30. Oktober 1912 als Regierungsvorlage eingebrachten Gesetzesentwurfes (1647 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XXI. Session 1912). Dieser Gesetzesentwurf ist mit Schluß der Session unerledigt geblieben und wird nunmehr neuerlich zur verfassungsmäßigen Behandlung eingebracht.

Dem Grundprinzip, das in den Regierungsvorlagen der Jahre 1905, 1908 und 1909 zum Ausdruck gekommen ist, nämlich die Lösung der Zahntechnikerfrage auf dem Wege anzustreben, daß der Betrieb der Zahntechnik als selbstständiges Gewerbe aufzuheben hat und alle Befugnisse der Zahntechniker den Zahnärzten, losgelöst von den Vorschriften des Gewerbegesetzes, zu überlassen sind, folgt wohl auch der neue Entwurf. Er will dieses Ziel jedoch nicht auf dem sanitätsgesetzlichen Wege der Schaffung des Begriffes der „Zahnerzählkunde“ und der Erklärung der letzteren als integrierenden Bestandteil der Zahnheilkunde, sondern direkt auf gewerberechtlichem Gebiete erreichen, indem das Zahntechnikerergewerbe auf den Aussterbeetat gesetzt wird.

Die gebotene Rücksichtnahme auf erworbene Gewerberechte sowie die Erwägung, daß eine plötzliche Einstellung des Betriebes des Zahntechnikerergewerbes mit den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht in Einklang zu bringen wäre, lassen die Schaffung von Übergangsbestimmungen als unabweisbar erscheinen. Es muß daher die Zahntechnik als Gewerbe für eine gewisse Übergangszeit aufrechterhalten werden. Da bei den derzeit bestehenden Vorschriften für das Zahntechnikerergewerbe die Zahntechniker wegen Überschreitung ihrer Befugnisse zahlreichen strafgerichtlichen Verfolgungen ausgesetzt sind und erfahrungsgemäß ihrem Berufe nicht nachkommen können, ohne mit dem Strafgesetze in Konflikt zu geraten, so kann der Fortbestand dieses Gewerbes für die Dauer der Übergangszeit nur in solcher Form gesetzlich festgelegt werden, daß den Zahntechnikern die Möglichkeit geboten wird, ihr Unternehmen in einem Umfange auszuüben, innerhalb dessen sie ihren Unterhalt zu finden in der Lage sind, ohne die Grenzen ihrer Befugnisse zu überschreiten.

Der neue Entwurf sieht denn auch für die Übergangszeit erweiterte Befugnisse der Zahntechniker vor. Das Ausmaß dieser erweiterten Befugnisse paßt sich der heute bereits geltenden, jedoch mit den bestehenden Normen nicht in Einklang zu bringenden Praxis der Zahntechniker an. Es bleiben jedoch auch für die Übergangszeit den Zahntechnikern alle jene Einrichtungen verwehrt, deren Vornahme bedingungslos tiefere medizinische Kenntnisse erfordert, wie die Vornahme blutiger operativer Eingriffe, die Entfernung von Zähnen, Zahnresten und Wurzeln und die Vornahme der allgemeinen Narkose und der lokalen Anästhesie.



Im allgemeinen öffentlichen Interesse muß jedoch die Erlangung der erweiterten Befugnisse von dem Nachweise von Kenntnissen abhängig gemacht werden, welche über das Maß der zum Antritte des Gewerbes gegenwärtig nachzuweisenden Befähigung hinausgehen. Der Entwurf fordert demgemäß von den Zahntechnikern, welche das Recht zum Betriebe des Zahntechniker-gewerbes in der Übergangszeit in dem im Gesetze festgelegten erweiterten Berechtigungsumfange anstreben, die erfolgreiche Ablegung einer Fachprüfung, durch welche die Befähigung zur Vornahme der betreffenden Verrichtungen dargetan werden soll. Unterläßt ein Gewerbeinhaber die Ablegung der Prüfung innerhalb der im Gesetze festgesetzten Frist, so gestattet ihm das Gesetz den Betrieb des Gewerbes nur in dem gegenwärtigen, in der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, bezeichneten Umfange.

Da es sich kaum rechtfertigen ließe, den Gehilfen der Zahntechniker und Zahnärzte jede Möglichkeit auf Erlangung der Selbstständigkeit zu nehmen, kann es nur billig erscheinen, denjenigen Gehilfen, welche im Zeitpunkte des Eintrittes der Wirksamkeit des neuen Gesetzes den vollen Befähigungsnachweis im Sinne der §§ 4, 5 und 6 der zitierten Ministerialverordnung besitzen, den Anspruch auf Erlangung einer Konzession zu wahren. Die vorerwähnten erweiterten Befugnisse werden diesen neuen Konzessionsinhabern nur dann zustehen, wenn sie die erfolgreiche Ablegung der Fachprüfung, wie sie für die bei Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes bereits selbständigen Zahntechniker vorgesehen ist, nachweisen. Wird dieser Nachweis innerhalb der im Gesetze vorgeschriebenen Frist nicht erbracht, so erstreckt sich der Umfang der Berechtigung dieser neuen Konzessionsinhaber lediglich auf die zur Herstellung von Zahnersatzstücken für den Gebrauch im menschlichen Munde und zur Ausbesserung solcher Ersatzstücke erforderlichen technisch-mechanischen Arbeiten.

Über Aufforderung der beteiligten Ministerien bildete der vorliegende Gesetzentwurf den Gegenstand der eingehendsten Beratung im Obersten Sanitätsrate und wurde demselben zugestimmt.

Im übrigen geben die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

#### Zu § 1.

Im § 1 wird der Umfang der Zahntechnik gesetzlich festgelegt und gegenüber dem bisherigen in der Praxis schwankenden Begriffe auf die zur Herstellung von Zahnersatzstücken für den Gebrauch im menschlichen Munde und zur Ausbesserung solcher Ersatzstücke erforderlichen technisch-mechanischen Arbeiten beschränkt. Diese Festlegung erscheint schon deshalb notwendig, um den Berechtigungsumfang jener qualifizierten Gehilfen zu bestimmen, welche eine neue Konzession erwerben, ohne die Ablegung der Fachprüfung nachzuweisen (§ 3, Absatz 1).

#### Zu § 2.

Die Bestimmung des § 2, Absatz 1, enthält implizite das Verbot der ferneren Ausübung der Zahntechnik als Gewerbe. An die Stelle dieses Gewerbes tritt die ausschließliche Berechtigung der Ärzte zu allen Verrichtungen der eigentlichen Zahntechnik.

Nur für die absehbare Dauer eines Übergangsstadiums werden im § 2 die notwendigen Ausnahmen hiervon festgelegt, indem einerseits die bestehenden zahntechnischen Gewerbeberechtigungen aufrecht erhalten werden und andererseits jenen in der Zahntechnik praktisch tätigen Gehilfen, welche bereits vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes die in den §§ 4, 5 und 6 der Ministerialverordnung vom 20. März 1892 vorgeschriebene Lehr- und Arbeitszeit zurückgelegt haben, die Möglichkeit zur Erlangung einer Konzession gegeben wird. Auf die anderen, im Zeitpunkte des Eintrittes der Wirksamkeit dieses Gesetzes in zahntechnischer Verwendung stehenden Gehilfen sowie auf die Lehrlinge konnte keine Rücksicht genommen werden, sollte nicht die Dauer des Übergangsstadiums zu sehr erstreckt werden.

Als eine weitere Ausnahme mußte (im § 2, letzter Absatz) der Fortbestand der vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes einzelnen Zahntechnikern verliehenen besonderen Befugnisse zur Vornahme bestimmter, in das Gebiet der Zahnheilkunde fallender Verrichtungen vorgesehen werden. In Berücksichtigung der ungünstigen Erwerbsverhältnisse, unter welchen die Zahntechniker zu leiden hatten, wurden einzelnen Zahntechnikern (zirka 40), die sich besondere zahnärztliche Kenntnisse und Fertigkeiten erworben hatten, Befugnisse zur Vornahme verschiedener über den Umfang des Gewerbes der Zahntechnik hinausgehender Verrichtungen im menschlichen Munde (zum Beispiel das Ziehen von Zähnen und Wurzeln, das Plombieren) verliehen. Diese Befugnisse zu entziehen, liegt kein Anlaß vor, da es sich um wohlervorbene Rechte handelt und andererseits die Erteilung dieser besonderen Befugnisse in Anerkennung der besonderen Befähigung der betreffenden Zahntechniker erfolgt ist und letztere somit zur Vornahme der in Betracht kommenden Verrichtungen ohne weiteres als qualifiziert angesehen werden müssen. Eine weitere Verleihung solcher besonderer Befugnisse wird nach Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes nicht mehr erfolgen können.



## Zu § 3.

§ 3 enthält die Vorschriften für den einzigen Fall, in welchem nach diesem Gesetze auch während des Übergangstadiums neue Zahntechnikerkonzessionen verliehen werden können. Inhaber einer solchen Konzession können ausschließlich nur jene Gehilfen werden, welche bei Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes bereits im Besitze des vollen Befähigungsnachweises nach der mehrzitierten Ministerialverordnung vom Jahre 1892 sind und somit schon einen gewissen Anspruch auf die Ermöglichung der Selbständigkeit im Zahntechniker-gewerbe erworben haben. Solche Konzessionen sind aber hinsichtlich ihres Berechtigungsumfanges nicht gleich-zuhalten mit den nach der Ministerialverordnung vom Jahre 1892 erworbenen Konzessionen, sondern geben dem Inhaber lediglich das Recht, die Zahntechnik in dem im § 1 des Gesetzes normierten Umfange auszuüben. Nur dann, wenn ein solcher Konzessionsinhaber innerhalb der gesetzlich festgelegten Frist die Fach-prüfung mit Erfolg ablegt, ist er auch befugt, gleich den Zahntechnikern alten Stils die Einrichtungen des § 4, Punkt 1 bis 5, vorzunehmen.

Selbstverständlich können die qualifizierten Gehilfen in Hinblick auf die Erlangung der Konzession nicht besser gestellt werden als bisher. Die Verleihung der Konzession muß nach wie vor vom Nachweise des Total-bedarfes abhängig sein und muß nebst den zum selbständigen Betriebe eines Gewerbes für alle Gewerbe vor-geschriebenen Bedingungen Verlässlichkeit mit Beziehung auf das Zahntechniker-gewerbe gefordert werden.

## Zu § 4.

Durch die Bestimmungen des § 4 wird das Ausmaß der gegenüber der bisherigen Norm erweiterten Befugnisse, welche den gewerblichen Zahntechnikern für die Dauer des durch das vorliegende Gesetz zu schaffenden Übergangstadiums verliehen werden sollen, präzisiert. Hierbei wird den Zahntechnikern, um Gefährdungen des Publikums möglichst hintanzuhalten, die Vornahme aller blutigen operativen Eingriffe, das Ziehen von Zähnen, Zahnresten und Wurzeln, die Vornahme der allgemeinen Narkose und der lokalen Anästhesie ausdrücklich untersagt und die Anwendung heftig wirkender Mittel, soweit diese an die ärztliche Verschreibung gebunden sind, nur soweit gestattet, als dies zur unerläßlichen Desinfektion notwendig ist. Es handelt sich bei der Zugestehung dieser erweiterten Befugnisse nicht darum, eine Kategorie minderwertiger Sanitätspersonen zu schaffen, sondern nur darum, den Zahntechnikern Einrichtungen zu gestatten, durch die sie in den Stand gesetzt werden, ihr Gewerbe selbständig und unbeanstandet auszuüben. Alle in den Punkten 1 bis 5 aufgezählten Einrichtungen werden erfahrungsgemäß von vielen Zahntechnikern allerdings wider-rechtlich schon heute ausgeübt.

Die Berechtigung zur Ausübung dieser erweiterten Befugnisse kann jedoch nach § 4 sowohl der bisherige Inhaber einer Gewerbeberechtigung für das Zahntechniker-gewerbe als auch der Inhaber einer neuen Konzession (§ 3) nur dann erlangen, wenn er die erfolgreiche Ablegung einer Fachprüfung nachweist. Diese Vorschrift ist in allgemeinen öffentlichen Rücksichten begründet. Es erscheint aber auch notwendig, im Gesetze eine Frist zu bestimmen, innerhalb welcher diese Prüfung abzulegen ist, um möglichst rasch und gleichförmig geordnete Verhältnisse hinsichtlich des Berechtigungsumfanges des Zahntechniker-gewerbes im Übergangstadium herbeizuführen. Ohne Festsetzung eines solchen Endtermins würde zweifellos die bisherige unbefriedigende und normwidrige Praxis fortbestehen und jenen Zahntechnikern, welche durch die Ablegung der Fachprüfung, als qualifiziert zur Vornahme der im § 4, sub Punkt 1 bis 5, auf-gezählten Einrichtungen anzusehen sind, eine unberechtigte Konkurrenz seitens der die Ablegung der Fach-prüfung unterlassenden oder hinauschiebenden Zahntechniker bereitet werden können. Da es Sache der berufenen Behörden sein wird müssen, an der Hand der strikten Vorschriften dieses Gesetzes Übergriffen der Zahntechniker strengstens entgegenzutreten, muß durch die Festlegung eines Endtermins für die Ablegung der Fachprüfung den Zahntechnikern die Möglichkeit benommen werden, unter Vorgabe der bevorstehenden Ablegung dieser Prüfung über ihren Berechtigungsumfang hinauszugehen.

## Zu § 5.

Die Vorschriften über die Fachprüfung werden dem Verordnungswege überlassen. Durch die Ablegung der Fachprüfung soll die Befähigung des Zahntechnikers zur Vornahme der im § 4, sub Punkt 1 bis 5, auf-gezählten Einrichtungen dargetan werden. Hierbei handelt es sich um Eingriffe, deren Voraussetzungen und Wirkungen in ihrer vollen Tragweite nur auf Grund einer gewissen Vorbildung beurteilt werden können. Die Prüfung darf sich daher nicht lediglich auf die Forderung des Nachweises rein manueller Fertigkeiten beschränken, sondern muß sich auch auf ein gewisses Ausmaß theoretischer Kenntnisse erstrecken. Dabei ist es selbstverständlich, daß — soll nicht die Absicht des Gesetzes durch die Prüfungsmodalitäten direkt vereitelt werden — alle medizinischen Disziplinen, welche mit der Ausübung der Zahntechnik in keinem näheren Zusammen-hange stehen, bei der Prüfung gänzlich unberücksichtigt bleiben müssen und daß auch theoretische Kenntnisse aus



jenen Materien, welche für die Ausübung der Zahntechnik in Betracht kommen, bei der Prüfung in keinem weiteren Umfange gefordert werden dürfen, als dies das öffentliche sanitäre Interesse unter Berücksichtigung des eng begrenzten Gebietes der Tätigkeit der Zahntechniker unbedingt erheischt.

Im Absatz 2 des § 5 erfolgt die naturgemäße Abgrenzung des Berechtigungsumfanges der Zahntechniker alten Stils, welche die Fachprüfung nicht ablegen. Es wird Sache der berufenen Behörden sein, jeder gegenwärtig in der Praxis allgemein üblichen Überschreitung dieser Befugnisse in Zukunft strengstens entgegenzutreten.

#### Zu § 6.

Dem aus ärztlichen Kreisen wiederholt laut gewordenen und auch vom Obersten Sanitätsrate unterstützten Wunsche, das Publikum irreführende äußere Bezeichnungen der zahntechnischen Betriebe zu verbieten, wird durch die Vorschrift des § 6 entsprochen. Für diese Vorschrift wird eine allgemeine Fassung gewählt, weil hierdurch alle in Zukunft möglichen unpassenden Bezeichnungen getroffen werden können, während durch das strikte Verbot einzelner irreführender Bezeichnungen wie „Dentist“, „Amerikanischer Zahnarzt“, „Ordiniert von . . bis . .“ usw. die Möglichkeit der argumentatio a contrario offen bleiben könnte.

Als zulässige Bezeichnung der Gewerbebetriebe im Übergangsstadium wird einzig und allein der Titel „Zahntechniker“ anzusehen sein, es wird aber auch dem Zahntechniker, welcher die mehrerwähnte Fachprüfung abgelegt hat, nicht verwehrt werden können, als äußere Bezeichnung „Staatlich geprüfter“ oder „Behördlich geprüfter Zahntechniker“ zu wählen; hierdurch wird dem ärztlichen Stande keinerlei Nachteil zugefügt, der Schaden wird nur jene Zahntechniker treffen, die diese Prüfung nicht ablegen und daher gegen diese Überverteilung seitens eines höher qualifizierten Konkurrenten keine Einwendung erheben können.

Nach Ablauf des Übergangsstadiums wird die äußere Bezeichnung eines Gewerbebetriebes als „Zahntechniker“ ganz verschwinden.

#### Zu § 7.

Die Zahntechnik als Gewerbe muß auch im Übergangsstadium den Vorschriften der Gewerbeordnung in all ihren Belangen unterliegen. Um wirksame Vorschriften über die gewerbebehördliche Kontrolle des Zahntechnikergewerbes im allgemeinen oder erforderlichenfalls auch in besonderen einzelnen Fällen erlassen zu können, muß weiter dieses Gewerbe (nach Analogie des § 54 Gewerbeordnung) der gewerbepolizeilichen Regelung ausdrücklich im Gesetze unterworfen werden (Absatz 1).

Die Berechtigung zur Ausübung der Zahntechnik und der erweiterten Befugnisse des § 4, Punkt 1 bis 5, beruht auf der persönlichen Qualifikation des Zahntechnikers und soll deshalb durch ihn selbst, nicht aber auf seine Rechnung durch dritte Personen ausgeübt werden (Absatz 2).

Es können sich jedoch Fälle unverschuldeter Verhinderung eines Zahntechnikers ergeben, welche ein starres Festhalten an diesem Grundsatz als zu hart erscheinen lassen würden. Deshalb sieht das Gesetz die Möglichkeit der Stellvertretung (Geschäftsführung) oder Verpachtung vor, gestattet diese jedoch nur aus wichtigen Gründen. Obwohl die Gewerbeordnung die allgemeine Vorschrift enthält, daß ein Stellvertreter (Geschäftsführer) oder Pächter immer, gleich dem Gewerbehhaber selbst, die für den selbständigen Betrieb des betreffenden Gewerbes erforderlichen Eigenschaften besitzen muß, erscheint es, um der Möglichkeit von Mißbräuchen a priori zu begegnen, zweckmäßig, im Gesetze ausdrücklich zu bestimmen, daß der zu genehmigende Stellvertreter (Geschäftsführer) oder Pächter eines Zahntechnikergewerbes, das auch die im § 4, Punkt 1 bis 5, aufgezählten Befugnisse umfaßt, auch den Nachweis der erfolgreichen Ablegung der im § 5 erwähnten Fachprüfung zu erbringen hat (Absatz 3).

#### Zu § 8.

Hier wird die Ausübung der Zahntechnik durch Ärzte von den Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Gesetzes ausdrücklich ausgenommen. Hierdurch wird dem langjährigen Wunsche des Ärztestandes, der auch wiederholt im Obersten Sanitätsrate zum Ausdruck gekommen ist, in weitestgehender Weise entsprochen und den Ärzten das gesamte Gebiet der Zahntechnik, losgelöst von allen gewerberechtlichen Fesseln, überantwortet.

#### Zu § 9.

Die Herstellung der künstlichen Zähne und der sonstigen Bestandteile von Zahnersatzstücken (wie Schrauben, Stifte u. dgl.) als Kommerzartikel, welche Herstellung in der Regel fabrikmäßig erfolgt, muß nach wie vor den Gegenstand eines selbständigen Gewerbes bilden. Der Gesetzentwurf bezeichnet dieses



Gewerbe als ein freies; es liegt kein Grund vor, dieses im Inlande selten vorkommende Gewerbe, das, wie bereits erwähnt, meist fabrikmäßig betrieben wird, derzeit als ein konzessioniertes oder, falls nicht fabrikmäßig betrieben, als handwerksmäßiges zu bezeichnen.

Um das Entstehen einer neuen Form des Zahntechnikergewerbes aus diesem Produktionsgewerbe für immer auszuschließen, soll das Gesetz (§ 9, Absatz 2) die Führung des Titels „Zahntechniker“ den Inhabern einer solchen Gewerbeberechtigung verbieten.

Die Berechtigung zur Herstellung künstlicher Zähne usw. steht dem gewerblichen Zahntechniker schon gegenwärtig zu und stellt sich zum Teil als eine Konsequenz des im § 37 der Gewerbeordnung ausgesprochenen Grundsatzes dar, demzufolge jedem Gewerbetreibenden das Recht zukommt, alle zur vollkommenen Herstellung seiner Erzeugnisse nötigen Arbeiten zu vereinigen.

Dieses Recht kann daher auch den gewerblichen Zahntechnikern während des Übergangsstadiums nicht genommen werden, es räumt ihnen vielmehr Absatz 3 des § 9 dieses Recht ausdrücklich ein.

Den Zahnärzten jedoch wird auf Grund ihrer Berufstätigkeit dieses Recht nicht zustehen.

### Zu § 10.

Als Zeitpunkt des Eintrittes der Wirksamkeit des Gesetzes muß der Tag seiner Kundmachung festgesetzt werden, da andernfalls die Möglichkeit geboten wäre, in der Zeit zwischen der Kundmachung und dem Inkrafttreten des Gesetzes um die Verleihung neuer Konzessionen nach den bisher geltenden Vorschriften anzufuchen.

Hinsichtlich des Außerkrafttretens der letzteren mußte die für die Handhabung eines Gesetzes weit vorteilhaftere Abrogationsklausel vermieden und sich mit der Derogationsklausel begnügt werden, da einzelne, derzeit für das Gewerbe der Zahntechnik bestehende Vorschriften auch während des Übergangsstadiums zur Handhabung kommen müssen. Insbesondere ist dies bei der Ministerialverordnung vom Jahre 1892 der Fall, wie die Ausführungen zu den §§ 2, 3 und 5 des Gesetzentwurfes zeigen.